

I. Anmeldung

TOP: _____

Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit
Sitzungsdatum 05.04.2017
öffentlich

Betreff:
Situation afghanischer Asylbewerber in Nürnberg

- Anlagen:**
- Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2017
 - Antrag Linke Liste vom 17.02.2017
 - Stellungnahme EP

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Situation afghanischer Asylbewerber steht aktuell stark im Fokus von Politik, Medien und Öffentlichkeit. Durch die zunehmenden Entscheidungszahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden mehr Asylanträge von Afghanen anerkannt bzw. abgelehnt; hieraus ergeben sich aufenthaltsrechtliche Folgen. Diese betreffen sowohl die Ausreisepflicht bzw. deren Durchsetzung wie auch Entscheidungen über die Möglichkeiten zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Berufsausbildung.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
 entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€ davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€ davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Unterschiedliche Betroffenheit aufgrund gesetzlicher Festlegungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Koordinierungsgruppe Integration**
-
-

II. Herrn OBM/BgA

III. Ref. VII

Nürnberg,
Der Oberbürgermeister

EP/L

()

3240